

30.09.2025 – 09:10 Uhr

Rückkehrrecht der Karabach-Armenier ist der Grundpfeiler für einen nachhaltigen Frieden im Südkaukasus


Genf/Binz bei Maur (ots) -

Die "Schweizer Friedensinitiative für Bergkarabach" bietet den vertrauenswürdigen Rahmen auf dem Weg zu einem nachhaltigen Frieden in der Region Südkaukasus. So lautet das Fazit einer Parallelveranstaltung im UNO-Menschenrechtsrat in Genf. Der Anlass fand [zwei Jahre](#) nach der Invasion der armenisch-christlichen Region Bergkarabach durch Aserbaidschan und der gewaltsamen Vertreibung von 120'000 Karabach-Armeniern statt.

An der von Christian Solidarity International (CSI) organisierten Parallelveranstaltung im UNO-Menschenrechtsrat in Genf am 29. September 2025, stellten die Nationalräte Erich Vontobel (EDU, ZH) und Nicolas Walder (GRÜNE, GE) die "Schweizer Friedensinitiative für Bergkarabach" vor. Mit auf dem Podium sassen Artak Beglaryan, der ehemalige Menschenrechtsbeauftragte der Republik Bergkarabach, sowie der bekannte Friedensvermittler Dr. Paul Williams (er war online dabei).

Im März 2025 verabschiedete das Schweizer Parlament eine [Motion](#), welche den Bundesrat beauftragt, ein Friedensforum für Vertreter von Aserbaidschan und Armeniern aus Bergkarabach zu organisieren. Dabei soll über die sichere und kollektive Rückkehr der historisch ansässigen armenischen Bevölkerung verhandelt werden.

Nationalrat Vontobel betonte, dass das im August in Washington von Armenien und Aserbaidschan paraphierte Friedensabkommen die Problematik der aus ihrer Heimat vertriebenen Karabach-Armenier nicht behandle. Dafür sei dieses Rückkehrrecht ein zentraler Aspekt der [Schweizer Friedensinitiative](#). Erich Vontobel: "Die Schweizer Friedensinitiative soll die internationale Gemeinschaft daran erinnern, dass dieses Problem noch nicht gelöst ist. Und ohne eine Lösung kann es keinen dauerhaften Frieden geben."

Nationalrat Nicolas Walder pflichtete Vontobels Votum bei: "Die Schweizer Friedensinitiative stellt das Recht auf Rückkehr in den Mittelpunkt eines nachhaltigen Friedens." Walder beschrieb die Initiative als "neutralen,

glaubwürdigen und rechtsbasierten Rahmen zur Förderung eines dauerhaften Friedens, und zwar nicht in Konkurrenz, sondern zusätzlich zu den laufenden bilateralen Gesprächen zwischen Armenien und Aserbaidschan."

Walder unterstrich, die Initiative benötige nun die Unterstützung anderer Länder und die Anerkennung durch die internationale Gemeinschaft sowie internationaler Organisationen. Er selbst habe kürzlich im französischen Parlament gesprochen, um Frankreich und andere Länder zur Unterstützung der wichtigen Initiative zu bewegen. Walder: "Wir müssen zusammenarbeiten, um die Voraussetzungen für eine sichere Rückkehr zu schaffen."

Als Vertreter der Karabach-Armenier zitierte Artak Beglaryan eine aktuelle Umfrage. Sie zeige, dass über 87 Prozent seines jetzt in Armenien lebenden Volkes in ihre angestammte Heimat zurückkehren wollten. "Wir wollen in unsere Heimat zurück - nicht als verängstigte und verzettelte Individuen, sondern als Gemeinschaft, um in Zukunft sicher, in Würde, friedlich und nachhaltig zu leben", erklärte Beglaryan. Zu den Voraussetzungen für einen Frieden gehörten Sicherheitsgarantien, eine mandatierte internationale Präsenz, zuverlässige und sichere Landverbindungen mit Armenien, die Schaffung einer entmilitarisierten Zone um Bergkarabach und ein Ende der anti-armenischen Hasspolitik seitens Aserbaidschans.

Dr. Paul Williams von der "Public International Law and Policy Group" mahnte, dass das Recht auf Rückkehr nicht als verhandelbares Zugeständnis behandelt werden dürfe. Vielmehr sei es der Grundstein für Gerechtigkeit und Versöhnung. Friedensforscher Williams bezeichnete die Schweiz als dazu prädestiniert, "Aserbaidschan im Kontext eines breiten internationalen Drucks an den Verhandlungstisch zu bringen". Die Schweiz verfüge über das nötige Fachwissen, um einen effizienten Prozess für die Rückkehr von Flüchtlingen zu gestalten. Williams ist überzeugt: "Von allen potenziellen Plattformen ist die Schweizer Plattform die beste und meist gewünschte, um dieses Ziel zu erreichen."

Dr. Joel Veldkamp, Leiter Public Advocacy bei CSI, hält fest: "In einer Welt, die zunehmend von Kriegen und Gräueltaten zerrissen wird, ist die Schweizer Friedensinitiative eine seltene Gelegenheit - nämlich ein glaubwürdiger diplomatischer Mechanismus - um eine der umfassendsten ethnischen Säuberungskampagnen der modernen Geschichte rückgängig zu machen. Die internationale Gemeinschaft sollte diese Initiative uneingeschränkt unterstützen."

Am 8. Oktober 2025 werden Schweizer Parlamentarier nach Berlin reisen, um die "Schweizer Friedensinitiative für Bergkarabach" im Bundestag zu diskutieren. Am Abend wird die Delegation einen öffentlichen Vortrag in der [Evangelischen Akademie](#) in Berlin halten ([wird live übertragen](#)). Am 9. Oktober gastiert und referiert die Delegation an der renommierten [Hertie School of Governance](#), Deutschlands führender privater Hochschule für öffentliche Politik und internationale Angelegenheiten. Die Veranstaltung in Berlin folgt auf den Besuch von [Schweizer Parlamentariern in Washington, D.C.](#) Am 8. Juli hatten sie die "Schweizer Friedensinitiative für Bergkarabach" der US-Regierung vorgestellt.

- [Video-Aufzeichnung](#) der Veranstaltung vom 29. Oktober 2025 in Genf.

- Weitere Informationen zur [Schweizer Friedensinitiative](#).

Pressekontakt:

Joel Veldkamp, Leiter Public Advocacy CSI
+41 44 982 33 10, joel.veldkamp@csi-int.org

Simon Brechbühl, Geschäftsführer CSI-Schweiz
+41 44 982 33 40, simon.brechbuehl@csi-schweiz.ch

Medieninhalte



Sie informierten über die "Schweizer Friedensinitiative für Bergkarabach" (v.l.n.r.):
Abi McDougal (CSI), Nationalrat Nicolas Walder, Artak Beglaryan (ehemaliger
Menschenrechtsbeauftragter in Bergkarabach), Nationalrat Erich Vontobel. /
Weiterer Text über ots und www.presseportal.ch/de/nr/100007062 / Die
Verwendung dieses Bildes für redaktionelle Zwecke ist unter Beachtung aller
mitgeteilten Nutzungsbedingungen zulässig und dann auch honorarfrei.
Veröffentlichung ausschließlich mit Bildrechte-Hinweis.

Diese Meldung kann unter <https://www.presseportal.ch/de/pm/100007062/100935596> abgerufen werden.